

Zuwendungen. Keine Steuern werden auf Einkommen bis zu 95.000 MPtc (vorher: 85.000) im Jahr erhoben. Auch die über 17.000 Staatsbediensteten, politische Amtsinhaber, Lehrer und der Klerus sollen fortan Einkommenssteuer zahlen. Einige Vertreter der Staatsbediensteten werden möglicherweise gerichtlich gegen eine solche Entscheidung vorgehen. Der Präsident der Vereinigung der Staatsbediensteten Macaus, Jose Pereira Coutinho, meinte, eine Besteuerung der Staatsbediensteten ohne entsprechende Entschädigung würde direkt ihre verfassungsmäßigen Rechte im *Basic Law* von Macau verletzen. Darin heißt es in Artikel 95, dass ihnen auch für die Zeit nach Errichtung der SVR die Beibehaltung ihrer bisherigen Privilegien bestätigt wird. Regierungsbeamte sehen solchen möglichen Auseinandersetzungen gelassen entgegen. Für sie steht Artikel 25, der die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz proklamiert, über Artikel 95. Die Regierung betont, dass die Maßnahme „soziale Gerechtigkeit und steuerliche Gleichheit“ gewährleisten solle. Widerstand gegen das Gesetz käme bei der einfachen Bevölkerung schlecht an, die im Durchschnitt ein Drittel des Gehalts der Staatsbediensteten verdient. Selbst nach Erweiterung des Steuer-netzes werden aber nur etwa 13% von Macaus Arbeitskräftepotenzials Einkommenssteuer zahlen, das nur 3% der direkten Steuereinkünfte der Regierung im Gegensatz zum Glücksspiel-sektor mit etwa 85% ausmacht. Unternehmensberater sehen noch Spielraum für weitere Steuersenkungen, z.B. eine Senkung um drei Prozentpunkte bei der progressiven Körperschaftssteuer, die zurzeit 2-15% beträgt. Macaus BIP wuchs im ersten Quartal diesen Jahres um 16,5% im Vergleich zum selben Vorjahreszeitraum. An Steuereinnahmen aus dem Glücksspiel nahm die Regierung in den ersten fünf Monaten 35% mehr ein als im Vergleichszeitraum 2002. (Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 11.6.03; SCMP, 16.5., 4.7.03) -ljk-

38 Mehreinnahmen an Glücksspielsteuer

Die Glücksspielsteuer brachte im Mai unter dem Einfluss von SARS 601 Mio. MPtc (72 Mio. US\$), 20% we-

niger als in einem normalen Monat ein. Insgesamt erhielt die Regierung aber in den ersten fünf Monaten mehr Steuern aus der Glücksspielindustrie als im Vergleichszeitraum 2002. 3,89 Mrd. MPtc (468 Mio. US\$) bedeuteten einen Zuwachs um 34,9% und machten schon über die Hälfte der für dieses Jahr geschätzten Summe aus. Die Regierung hatte mit Steuereinnahmen von 6,8 Mrd. MPtc (819 Mio. US\$) im Jahr 2003 gerechnet. Letztes Jahr brachten die Glücksspielsteuern 7,6 Mrd. MPtc (950 Mio. US\$) ein, ein Plus von 35,7% im Vergleich zu 2001.

Am 1. April 2002 hatte der neue Vertrag der Regierung mit der Sociedade de Jogos de Macau (SJM, Macau Gaming Company) begonnen. SJM ist aus der Macau Tourism and Amusement Company des Kasinokönigs Stanley Ho hervorgegangen. Am ersten Jahrestag des neuen Vertragsabschlusses hatte SJM 9 Mrd. MPtc (etwa 1,1 Mrd. US\$) an Steuern bezahlt, was fast zwei Drittel der jährlichen Einnahmen der Regierung ausmacht. Nach Aussage Stanley Hos sind in dem einen Jahr seine Einnahmen aus der Glücksspielindustrie um 19% gestiegen. (XNA, 2.4., 20.6.03) -ljk-

Taiwan

39 Taiwan führt Zusatz „Taiwan“ auf Reisepässen ein

Ab 1. September 2003 soll auf dem Umschlagdeckel neuer Reisepässe für die Bürger Taiwans zusätzlich zum offiziellen Staatsnamen „Republic of China“ das Wort „Taiwan“ erscheinen. Als praktischen Grund nannte Außenminister Eugene Chien (Jian Youxin), dass Taiwaner auf Auslandsreisen immer wieder für Bürger der Volksrepublik China gehalten werden, deren englischer Staatsname bis auf den Vortatz „People's ...“ gleich lautet. Bei Umfragen gaben 16% der befragten Taiwaner an, mit dem bisherigen Reisepass schon Probleme gehabt zu haben, mindestens teilweise auf Grund einer solchen Verwechslung.

Die klärende Ergänzung einzuführen war schon lange im Gespräch. Zunächst hatte sich vor allem die Op-

position dagegen gestemmt. Der Widerstand war jedoch nicht geschlossen und wich zuletzt einer pragmatischeren Sicht der Dinge. Dennoch ver-lautete warnend, der Zusatz sei ein Schritt in Richtung weg vom Status quo zu erklärter Unabhängigkeit Taiwans. So sieht es vor allem die VR China. Es blieb jedoch bei antitaiwanischen Kommentaren in festländischen Medien. Aus Furcht vor massiveren Reaktionen hatte Taiwan die Umsetzung der Passdeckeländerung zuletzt im Februar 2003 verschoben: Im Umfeld möglicher internationaler Spannungen wegen des Irak-Krieges wollte die Regierung alles vermeiden, was Beijing hätte provozieren können.

Es ist bezeichnend, dass wegen einer solchen Lappalie, wie sie der „Taiwan“-Zusatz im Grund darstellt, monatelang diskutiert wird. Auf beiden Seiten der Taiwan-Straße misst man Symbolen, die die Fragen nationaler Einheit bzw. Autonomie verknüpfen, einen außerordentlich hohen Stellenwert bei. Wer, wie die festländische Seite, hinter der Änderung des Passerscheinungsbilds politische Motive vermutet, hat daher zweifellos Recht, nur sind diese Motive ebenso zweifelsfrei auch legitim. An Taiwans Status und dem zukünftigem Schicksal des Landes ändert sich durch die Passbeschriftung ohnehin nichts. (TT, 10.6.03; CNAT, nach BBC PF, 12.6.03; TH, 12.6., 13.6.03; RMRB, nach BBC PF, 17.6.03) -hws-

40 Copyrightverletzungen ins Strafrecht aufgenommen

Anfang Mai hatte sich Taiwan von der US-Regierung erneut an den Pranger gestellt gesehen: Die Inselrepublik war zum dritten Mal in Folge auf die „Kontrollliste erster Klasse“ wegen schwachen Schutzes geistigen Eigentums und unzureichenden Einschreitens gegen Produktpiraterie gekommen. Jetzt endlich durfte man sich auch über Lob freuen: Sowohl die europäische wie auch die amerikanische Handelskammer in Taipei begrüßten die Verabschiedung eines Gesetzes, nach dem Copyrightverletzungen (und damit auch Verletzungen des Warenzeichenrechts) fortan strafrechtlich verfolgt werden, sodass die

Polizei jederzeit dagegen einschreiten kann und nicht warten muss, bis der Geschädigte Anzeige erstattet. Zudem sind die Strafen empfindlich: bis zu sieben Jahre Freiheitsentzug und bis zu 8 Mio. NT\$ Geldstrafe bei kommerziellen Verstößen, bis zu 3 Jahre Haft und 0,75 Mio. NT\$ Geldstrafe bei nichtkommerziellen. Jetzt kommt es darauf an, dass Regierung und Polizei den gesetzlichen Rahmen auch ausschöpfen. Justizminister Chen Tingnan (Chen Dingnan) hatte es an Entschlossenheit schon früher nicht missen lassen (s. C.a., 2003/1, Ü 41); Wirtschaftsminister Lin Yu-fu erklärte jetzt ergänzend, die Zahl der Spezialisten, die gegen Produktpiraterie in den Kampf ziehen, sei bereits von 100 auf 220 erhöht worden. Mindestens ebenso wirkungsvoll könnte sein, dass das Wirtschaftsministerium Personen, die Verstöße melden, mit 10% des konfiszierten Warenwerts belohnt. Taiwans politische Isolation macht es in der Tat zu einem dringenden Anliegen, sein schlechtes Renommee beim Schutz geistigen Eigentums zu verbessern. (TT, 3.5., 7.6.03; TH, 10.6., 26.6.03) -hws-

41 Referendumspläne: „schwere Bedenken“ bei den USA

Bereits seit über einem Jahr wird im Parlament über ein Gesetz verhandelt, das Volksabstimmungen ermöglichen soll. Die Regierung hatte gehofft, dass das Parlament es vor der Sommerpause endlich verabschieden würde, doch kam es dazu nicht. Unterdessen ergeben sich von anderer Seite Schwierigkeiten: Die USA sind dagegen, ohne dies jedoch offen zu sagen.

Referenden zu ermöglichen gehört zu den alten politischen Forderungen der Regierungspartei DPP (Demokratische Fortschrittspartei). Da es sowohl in der DPP als auch in der Opposition zu der Sache unterschiedliche Meinungen gab, kam es zu langwierigen Verhandlungen. Dabei ging es vor allem um die Frage, ob und in welcher Weise das Gesetz Abstimmungen über grundlegende nationale Belange (Unabhängigkeit oder Anschluss an die VR China) regeln oder ausschließen soll. Anfang Juni einigten sich der Abgeordnete und die DPP-Fraktion auf einen gemeinsamen Entwurf, der auch

für die Opposition nicht mehr substantiell Kontroverses enthielt.

Dass das Gesetz trotzdem erneut im Parlament hängen blieb, hängt mit zwei von Präsident Chen Shui-bian verfolgten konkreten Vorhaben zusammen: das Volk über den Weiterbau des 4. Atomkraftwerks entscheiden zu lassen sowie Taiwans Antrag auf Beobachterstatus bei der Weltgesundheitsorganisation WHO durch ein Plebiszit zu stützen. Die Opposition fürchtet, dass eine Abstimmung über diese Fragen, die laut Chen im Kontext der Präsidentenwahl im März 2004 erfolgen soll, diesem die Wiederwahl erleichtern könnte. Aus diesem Grunde verfolgen die Oppositionsfraktionen derzeit offenbar die unausgesprochene Taktik, die Verabschiedung des Gesetzes möglichst zu verzögern. Präsident Chen erklärte daraufhin, nötigenfalls würde er ohne das entsprechende Gesetz ein „konsultatives Referendum“ durchführen. (CNAT, nach BBC EF, 5.6., 13.6.03; WSJ, 26.6.03; FT, 28.6.03)

Gegen beides haben sich nun aber die USA als Taiwans heimliche Schutzmacht ausgesprochen. Der Direktor des American Institute in Taipei, der als inoffizieller Botschafter der USA fungiert, bestritt zwar Presseberichte, wonach die USA wegen möglicher Plebiszite in Taiwan größte Bedenken trügen. Zuvor allerdings hatte Außenminister Chien gegenüber Reportern ebendies bereits bestätigt, und Taiwans Referendumspläne waren ebenfalls Gesprächsthema bei einem Besuch Chiens in den USA, wo er unter anderem politische Gespräche mit Vizepräsident Cheney führte. (CNAT, nach BBC EF, 22.6., 23.6.03; CNAT, nach BBC PF, 26.6., 27.6.03; TT, 22.6.03; TH, 23.6., 24.6.03)

Die amerikanischen Sorgen sind verständlich: Zwar sollen Volksabstimmungen, wie Präsident Chen und seine Regierung wiederholt erklärten, auf innere Angelegenheiten („domestic issues“) beschränkt bleiben, aber schon das von Chen gewünschte Plebiszit über den WHO-Beitritt wäre keine innere Angelegenheit. Es diene keiner internen Entscheidungsfindung – schließlich gibt es in der Frage gar keine innertaiwanische Opposition –, sondern käme einem plebiszitären Vo-

tum zu Taiwans internationalem Status gleich.

Die VR China, der demokratische Prozesse ohnehin nicht geheuer sind und die weiß, dass die übergroße Mehrheit der Taiwaner ihr Modell „ein Land, zwei Systeme“ ablehnt, hat für den Fall, dass Taiwan über seinen Status eine Volksabstimmung durchführt, mit militärischer Intervention gedroht. So weit wird es wegen eines Volksvotums zum WHO-Beitritt wohl nicht kommen, aber auch eine Verschärfung der Lage zu beiden Seiten der Taiwan-Straße, zu der eine solche Abstimmung oder Befragung unweigerlich führen müsste, liegt keineswegs im amerikanischen Interesse.

Auch hinsichtlich eines Plebiszits zum 4. Atomkraftwerk sind Gründe für eine ablehnende Haltung der USA erkennbar: konkrete, denn von einem Baustopp wären amerikanische Firmen betroffen, und erneut prophylaktisch-chinapolitische: Die USA möchten nicht, dass Taiwan China mit einem Gesetz provoziert, das dort als (potentiell) staatsgefährdend eingestuft wird, da es Taiwan (angeblich) näher an die befürchtete Unabhängigkeit heranführt, sodass es zu neuen Spannungen kommen kann.

Präsident Chen will sich die amerikanischen Bedenken jedoch nicht zu Eigen machen. Durch Volksabstimmungen die eigene Zukunft und die ihres Landes zu gestalten sei, wie er erklärte, ein unveräußerliches Menschenrecht. Er steht mit dieser Einstellung nicht allein, sondern erhielt auch aus der Opposition Zustimmung, so explizit vom PFP-Vorsitzenden James Soong. (CNAT, nach BBC EF, 22.6.03; TT, 23.6.03; TH, 26.6.03)

Dass die USA die Verabschiedung des Referendumsgesetzes gänzlich werden verhindern können, erscheint als nahezu ausgeschlossen, zumal sie nicht offen gegen eine Stärkung demokratischer Prozesse argumentieren können; zudem ist die Haltung der US-Regierung in dieser Frage auch nicht einheitlich. (TT, 27.6.03) Eher könnte sich die Verabschiedung noch wegen parlamentsinterner Querelen hinziehen. Ist das Gesetz aber einmal da, werden die USA wenigstens zu verhindern suchen, das die angekündigte Abstimmung zum WHO-Beitritt stattfindet. Dafür hätten sie starke Argumen-

te, denen sich Taiwan schon aus Rücksicht auf ihre De-facto-Schutzmacht nicht würde verschließen können.

Abgesehen davon ist zweifelhaft, ob Chen Shui-bian eine solche Abstimmung – und sei es eine „konsultative“, die nur eine umfangreiche Meinungsumfrage wäre – noch vor den Präsidentschaftswahlen durchführen können. Die Opposition würde sie wohl schon aus wahltaktischen Gründen zu verhindern trachten und hätte dafür mit ihrer starken Stellung im Parlament auch gute Chancen. Aus der Opposition verlauteten bereits Stimmen, eine solche Umfrage ohne gesetzliche Grundlage sei verfassungswidrig, und man könnte gegen Ministerpräsident Yu Shyi-kun (You Xikun) deswegen ein Misstrauensvotum einleiten. (TH, 27.6.03) -hws-

42 SARS-Epidemie flaut ab

Nachdem die atypische Lungenentzündung SARS im Mai ihren Höhepunkt erreicht hatte, ging die Zahl der Neuerkrankungen im Juni rapide zurück. Ab Mitte Juni wurden keine Neuerkrankungen mehr gemeldet. Die Zahl der SARS-Toten erhöhte sich noch von 81 auf 84, blieb aber ab dem 19. Juni stabil. Ab dem 26. Juni mussten in Zügen und Überlandbussen keine Atemmasken mehr getragen werden. Ende Juni waren noch rund 100 Personen erkrankt. (www.diaspoir.net/health/sars/Taiwan.html, 14.7.03; TH, 17.6.03; TT, 26.6.03)

Mit besonderer Freude wurde am 17. Juni aufgenommen, dass die Weltgesundheitsorganisation WHO ihre Reisewarnung für Taiwan aufhob. (TT, 18.6.03) Bereits zuvor waren Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft und zur Milderung des von der Epidemie angerichteten Schadens ausgearbeitet worden. Für Ende Juni kündigten die zuständigen Stellen den Wiederbeginn der Taipeier Handelsmessen an; 230.000 potenzielle Abnehmer taiwanischer Waren sollten deswegen angeschrieben werden. Die Regierung gab bekannt, 57,6 Mrd. NT\$ (ca. 1,5 Mrd. Euro) an Finanzmitteln zur Bewältigung der SARS-Folgen einsetzen zu wollen. Ein Teil dieser Mittel war allerdings zuvor (am 6. Juni) bereits vom Parlament im Rahmen eines

77,7 Mrd. NT\$ starken Konjunkturbelebungsprogramms verabschiedet worden und wird nun umdeklariert. Am 19. Juni wurden die Frachtschiffdienste im Rahmen des kleinen Grenzverkehrs wieder aufgenommen. (TH, 6.6., 18.6., 19.6.03, CNAT, nach BBC PF, 18.6.03; CNAT, nach BBC EF, 19.6.03)

Die wirtschaftlichen Folgen der Lungenepidemie scheinen sich außerhalb des Tourismussektors in Grenzen zu halten. Das Wirtschaftsministerium führte ein Minus von 1,34 Mrd. US\$ bei den Exportaufträgen im 2. Quartal zwar auf die Seuche zurück, doch sind die bei den einzelnen Märkten wirksamen Faktoren viel zu komplex, als dass eine so einfache Ursachenanalyse überzeugen könnte. Die tatsächlich getätigten Ausfuhren legten im Mai um 2,1% zu, am stärksten auf das von SARS-betroffene chinesische Festland. Auch der geringe Anstieg der Erwerbslosenquote um weniger als 0,1 Prozentpunkte vom April auf Mai fiel trotz SARS gering aus. (TH, 6.6.03; TT, 10.6., 24.6.03) Diese gemittelten Zahlen verdecken allerdings das Maß in dem einzelne Personen und Betriebe betroffen waren. Hier wird die Regierung finanzielle Engpässe, die z.B. durch quarantänebedingte Betriebspausen entstanden, überbrücken helfen. So kündigte die Stadtregierung von Taipei an, auf den Pachtzins städtischer Grundstücke für die Monate April bis Juni einen Nachlass von 50% einräumen und kleineren wie mittleren Unternehmen durch kurzfristige Darlehen unter die Arme greifen zu wollen. (CNAT, nach BBC EF, 1.6.03) -hws-

43 Deutsche bauen Taiwans ersten „Windpark“

Die deutsche InfraVest GmbH erhielt im Juni die Genehmigung, Taiwans ersten Windenergiepark zu bauen und zu betreiben. Er wird aus 17 Windkraftanlagen bei der küstennahen nordwesttaiwanischen Stadt Miaoli bestehen. Der staatliche Energiekonzern Taipower garantiert, den produzierten Strom abzunehmen. InfraVest setzte sich gegen mehrere Wettbewerber durch, deren finanzstärkster und einflussreichster Taipower selbst war.

Der Bau des „Windparks“ steht im Rahmen eines staatlichen Programms, das von 2000 bis 2005 den Einsatz von Windenergie mit 10 Mrd. NT\$ fördert. Dieses Programm wiederum ist im Zusammenhang mit Taiwans Bemühungen zu sehen, aus der kommerziellen Nutzung von Kernenergie auszusteigen. Die Regierung veranstaltete hierzu Ende Juni eine internationale Konferenz „atomfreie Heimat“. (CNAT, nach BBC EF, 16.6.03; *Taiwan Journal*, vol. 20, no. 26, 4.7.03, S.1)

Allgemein gilt die Nutzung erneuerbarer Energien in Taiwan als noch wenig entwickelt; mit anderen Worten: Das Entwicklungspotenzial ist noch sehr hoch. Wie sich auch auf der genannten Konferenz – auf der u.a. Präsident Chen sprach – zeigte, ist sich die Regierung der Aufgabe bewusst, im Interesse der Versorgungssicherheit sehr viel stärker als bisher für Alternativen zu Strom aus Atomkraft sorgen zu müssen, wenn die heute Lebenden noch in den Genuss einer „atomfreien Heimat“ kommen wollen. -hws-

Übersichten Online

Eine Auswahl der Übersichten dieser Zeitschrift können Sie auch **kostenlos** online lesen.

Auf der **Homepage des Instituts für Asienkunde** (www.duei.de/ifa) finden Sie unter dem Menüpunkt „Zeitschriften“ die Inhaltsverzeichnisse aller Ausgaben dieser Zeitschrift seit 1999 sowie jeweils ausgewählte Übersichten im Volltext seit Ende 2000.

Auf der **Homepage des Hamburger „Haus der Aussenwirtschaft“** (www.aussenwirtschaftszentrum.de) finden Sie unter dem Menüpunkt „Aktuelles und Analysen“ auch wirtschaftsbezogene Übersichten aus dieser Zeitschrift. Hier können Sie darüber hinaus eine gezielte Suche in der Archiv-Datenbank des „Hauses“ vornehmen.